

„Auch sie waren dagegen“ - zum Schicksal deutschstämmiger Antifaschistinnen und Antifaschisten in Westböhmen

Mit Lorenz Knorr, Publizist, Frankfurt/Main und Renate Hennecke, Journalistin und Übersetzerin

Eine Veranstaltung des Forums solidarisches und friedliches Augsburg und der VVN/BdA KV Augsburg am 18.05.07 im Bürgerhaus Pferssee, Augsburg

Mitveranstalter: Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V., Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Renate Hennecke machte den Anfang	1
Hauptstationen in Lorenz Knorrs kämpferischen Leben	2
Dann kam unser Hauptredner zu Wort	3
CSR ab 1933.....	3
Rote Wehr.....	5
Heim ins Reich	5
Illegaler Widerstand	6
Kriegseinsatz	6
Benesch-Dekrete	7
Umsiedlung	7
„Beleidigung von Bundeswehr-Generälen“ – Prozess 1963-1973	8
Anhang.....	9
Zur Erklärung: Münchner Abkommen	9
Literatur	9

Alle Jahre wieder findet in Bayern der „Sudetendeutsche Tag“ statt. Alle zwei Jahre in Augsburg im Turnus mit Nürnberg. Auch in diesem Jahr darf dort ein hochrangiger Funktionär des rechtsextremen Witikobundes auftreten. Diesem Geschichtsrevisionismus zu begegnen war uns ein Anliegen und so wollten wir ein Kontrastprogramm zu der in den Medien erscheinenden „Vertriebenengeschichte“ bieten.

Das Kulturbüro der Stadt Augsburg wollte unsere Veranstaltung leider nicht finanziell unterstützen – ein Zuschuss an die Sudetendeutsche Landsmannschaft für den Sudetendeutschen Tag ist dagegen immer drin. So waren wir froh im Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern einen tatkräftigen Unterstützer gefunden zu haben. Mit über 20 TeilnehmerInnen war die Veranstaltung auch für Augsburger Verhältnisse nicht schlecht besucht.

Renate Hennecke machte den Anfang

Renate Hennecke von den Deutsch Tschechischen Nachrichten informierte uns in ihrem Eingangsreferat kurz über das diesjährige Motto des Sudetendeutschen Tags: „Wir Sudetendeutschen – Brücke zur Heimat“. Sie machte deutlich, dass dieses Motto wie auch das

überstrapazierte Wort „Versöhnung“ kein „Angebot“ darstellen sondern einen „Anspruch“. Auch Fernsehsendungen wie die kürzlich ausgestrahlte Reihe „Die Flucht“ tragen, auch wenn sie relativ moderat erscheinen, durch die sie begleitenden Sendungen dazu bei, die geschichtsverfälschende Darstellung der „Vertreibung“ weiterhin in den bundesbürgerlichen Köpfen festzusetzen. Erst kürzlich hat die Koalitionsregierung zu ihrem Amtsantritt den Zuschuss, den die Vertriebenenverbände für ihre „Kulturarbeit“ erhalten um eine Million Euro erhöht. Auch 60 Jahre nach Kriegsende gäbe es deshalb für die 10 Mio. tschechischen Staatsbürger ein nachvollziehbares „Sicherheitsbedürfnis“ sich vor einem Staat mit 80 Mio. Bundesbürgern zu schützen. Die tschechische Regierung betreibe daher eine Art „Rückversicherungspolitik“ und sei ebenso Mitglied in der EU wie sie die amerikanische Außenpolitik unterstütze – obwohl die Bevölkerung dort mehrheitlich dagegen sei. (Auf Betreiben der US-Regierung soll in Tschechien eine Radarstation installiert werden und in Polen eine Raketenabschussrampe; die Mehrheit der Bevölkerung beider Länder ist dagegen – *Anm. d. Red.*)

Angesichts der Forderungen seitens der Sudetendeutschen Landsmannschaft wollte die tschechische Regierung an die Tradition des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes von Tschechen und Deutschen anknüpfen und hat deshalb das Projekt gestartet: „Auch sie waren dagegen“. Die Lebensgeschichte der ehemaligen tschechoslowakischen StaatsbürgerInnen, die Widerstand gegen den Hitler/Henlein Faschismus geleistet haben, soll aufgezeichnet werden. Im Mai 2006 erhielt in diesem Zusammenhang auch Lorenz Knorr eine Einladung nach Prag und wurde von der tschechischen Regierung geehrt. Die Initiative, die von der früheren sozialdemokratischen Regierung Tschechiens begonnen worden war, wird von der jetzigen konservativen Nachfolgeregierung fortgeführt.

Hauptstationen in Lorenz Knorrs kämpferischen Leben

Ab 1936 Vorsitzender der Jungbuchdrucker im Bezirk Eger (jetzt Cheb) und Vorsitzender der sozialistischen Jugend – Knorr war damals 16 Jahre alt

1935-1938 antifaschistischer Kampf gegen die „Sudetendeutsche Partei“ Henleins

1940-1945 Soldat in der Wehrmacht (Alternative wäre KZ gewesen) – illegaler Widerstand in antifaschistischen Zellen

1942 Verurteilung wegen Wehrkraftzersetzung durch ein Kriegsgericht

Als Funker erneut tätig im antifaschistischen Widerstand

Nach dem Krieg: Aufbau der sozialistischen Jugend „Die Falken“ in Bayern

1948 Wahl in den geschäftsführenden Vorstand der „Falken“ in Bayern,

Bundesvorstandsmitglied

1950-1960 Bundessekretär der Sozialistischen Jugend – Schriftleiter von „Erziehung und

Gesellschaft“ – Chefredakteur der „Jungen Gemeinschaft“ – Beiträge für die

„Gewerkschaftlichen Monatshefte“ – tätig in der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung

Politischer Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD – Mitbegründer der „Deutschen Frieden-Union“ (DFU)

1960 aus Protest gegen das Einschwenken der SPD auf den Nato-Kurs Adenauers aus der SPD ausgetreten

1961 auf Betreiben des SPD-Parteivorstands aus der SJ – die Falken ausgeschlossen

1961-1985 Mitglied des Direktoriums der DFU – verstärkte Anstrengungen gegen die atomare Aufrüstung der BRD

1963-1967 Prozess wegen „Beleidigung“ von Hitler-Generälen an der Spitze der Bundeswehr

Nach 1990 Mitarbeit in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der

Antifaschisten (VVN/BdA) – deren Bundessprecher bis 1993

(Diese Aufzählung enthält nur einen Teil der politischen Tätigkeit von Lorenz Knorr. Sie ist entnommen aus der Broschüre „Vorwärts – trotz allem“ DTN, Dossier Nr.7, Anm. d. Red.)

Dann kam unser Hauptredner zu Wort

Er freue sich sehr einmal wieder nach Augsburg gekommen zu sein. Das letzte Mal habe er 1961 bei der DFU hier gesprochen und das erste Mal 1949 vor 6000 roten Falken.

Die Geschichtsfälschung, die jedes Jahr durch die sudetendeutsche Landsmannschaft betrieben wird, umfasst nicht nur die Ausklammerung der Antifaschisten, ca. 80% der sog. Sudetendeutschen waren Anhänger der Henlein-Partei, also nahezu 20% AntifaschistInnen. Auch was den Holocaust an den Juden und Jüdinnen anbelangt, gehe einiges auf das Konto der Hitler-Anhänger. Nicht nur der Raub des jüdischen Eigentums, auch die Art wie sie behandelt wurden – da seien nicht mehr viele übrig geblieben.

Die Opfer-Täter-Rolle werde von den Sudetendeutschen üblicherweise auf den Treffen der Landsmannschaft umgekehrt. Für diese beginne die Geschichte erst nach dem 08. Mai 1945 – was sie vorher taten bleibe im Dunkeln. So hätten 80% der Deutschen in der Tschechoslowakei – als Parteimitglieder oder aktiv – entscheidend dazu beigetragen, dass die Demokratie dort zerschlagen wurde. Sie folgten den eingetrichterten Parolen „Heim ins Reich“, das Sudetenland müsse eingegliedert werden, obwohl Böhmen historisch betrachtet zu Österreich gehörte. Diese Parolen waren landauf, landab zu hören und halfen Hitler den Westmächten zu erklären, dass das „Sudetenland“ ins Reich eingegliedert werden müsse. Zu den Verletzungen der Menschenrechte vom Juli 1938 bis zum Münchner Abkommen vom 30.09.1938: in dieser Zeit wurden von den Nazis 110 deutsche und tschechische AntifaschistInnen erschossen und Ende Sept. 1938 wurden 2029 vor allem deutsche AntifaschistInnen über die Grenze verschleppt. Nach 1945 ist nur die Hälfte von ihnen wieder aufgetaucht. Das alles geht auf das Konto der Sudetendeutschen Partei, der sog. „Henlein-Front“, mit dem 1933 relativ unbekanntem national gesinnten Turnlehrer Henlein an der Spitze. Dieser wurde damals gebraucht, um diese Partei hochzuziehen.

Auf dem Sudetendeutschen Tag würden jedes Jahr nicht nur die Schandtaten verschwiegen sondern auch jedes Mal alle provoziert, die eine vernünftige Politik machen wollen, die sich auf historische Fakten gründet und nicht auf Lügen.

Das falsche Geschichtsbild, das dort vermittelt wird, habe nicht nur eine persönlichkeitsbildende Rolle sondern auch unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungen. Die Konsequenzen, die aus einem falschen Geschichtsbild gezogen würden, seien eben ganz andere.

Die Landsmannschaften stünden leider nicht allein mit ihrem Geschichtsrevisionismus, sondern werden auch von den „staatstragenden“ Parteien unterstützt. Ebenso helfen Fernsehsendungen wie die erwähnte, die Geschichte auf persönliche Geschichten zu reduzieren – welche Strategien die Herrschenden anwenden, wird völlig ausgeklammert, ein Geschichtsbewusstsein wird damit nicht vermittelt.

CSR ab 1933

Der antifaschistische Widerstand beginne nicht mit dem Einmarsch der Wehrmacht, der Widerstand beginne bereits 1933 – damals als die Tschechoslowakei die EmigrantInnen aus Deutschland aufnahm, ebenso wie sie die Verwundeten des spanischen Bürgerkriegs, die Interbrigadisten aufnahm. Aufgenommen wurden diese vor allem in der Arbeiterbewegung, aber auch das tschechische Bürgertum war antifaschistisch eingestellt und trug seinen Teil bei. Die EmigrantInnen machten bekannt, was im Deutschen Reich los war – aber auch die Nazis selbst: durch die Veröffentlichung der Rassengesetze etc. Spätestens ab 1934 habe die Goebbels'sche Propaganda begonnen, massiv auf die Deutschen in der Tschechoslowakei einzuwirken. Hinzu kam, dass 90% der Deutschen kein Tschechisch verstanden und daher mit dem tschechischen Rundfunk und den Zeitungen nichts anfangen konnten – ausgenommen in

der Hauptstadt Prag. Viel zu spät kam die Gründung eines deutschen Senders in Mjelnik, bis dahin hatte der deutsche Reichsfunk das Sagen.

Für die Arbeiter stand bis 1933 der Klassenkampf um bessere ökonomische und kulturelle Lebensbedingungen im Vordergrund. Es gab drei Arbeiterparteien: die tschechischen Sozialdemokraten, die deutschen Sozialdemokraten (eigentlich Sozialisten, zählten sich zur Wiener Internationale) und die kommunistische Partei (KPC). Diese war in Nordböhmen sehr stark und organisierte ihre Mitglieder, ohne nach deren Nationalität zu fragen.

Als die Bedrohung durch das deutsche Reich deutlicher wurde, wurde gleichzeitig auch klarer: der Klassenkampf geht weiter, aber die eigentliche Frontenbildung verläuft nun zwischen den deutschen und tschechischen AntifaschistInnen und den Faschisten und Hitleranhängern. Auf den Sudetendeutschen Tagen werde nun getan, als hätten sich hier die Deutschen und da die Tschechen gegenübergestellt. Dies sei eine Irreführung der Öffentlichkeit und eine Lüge – die Frontenbildung lautete: bist du für die Demokratie oder bist du für das faschistische Deutschland?

In der Tschechoslowakei gab es von Anfang an zwei faschistische Parteien: die NSDAP und die Deutsch-Nationalen. 1918 wäre es keiner Partei eingefallen, sich „Sudetendeutsch“ zu nennen. Diesen Begriff kannten nur die Historiker, doch er sei nicht populär gewesen. Diese Parteien standen 1933 kurz vor dem Verbot, weil sie sich mit den Faschisten in Deutschland identifizierten. Nun wurde mit massiver Berliner Unterstützung (auch finanzieller) die „sudetendeutsche Heimatfront“ gegründet, die 1935 in „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) umbenannt wurde. Diese nahm nicht nur die Anhänger der Vorgänger in sich auf, sondern auch Leute, die den Begriff „Heimat“ nationalistisch interpretierten. Ihre Gegner waren die „Minderwertigen“, d.h. Menschen, die von den Nazis so bezeichnet wurden – also die Tschechen, eine „minderwertige Rasse“, nämlich Slawen und die Juden und der zweite Gegner: die Antifaschisten.

Die Ursachen für den massenhaften Zulauf zur SdP lagen hauptsächlich in der miserablen wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiter in der CSR. Die deutsche Industrie dort war bereits zur Kaiserzeit auf den Export ausgerichtet. Doch statt den veralteten Maschinenpark zu modernisieren, beuteten die deutschen Unternehmer ausschließlich die Arbeitskraft der Arbeiter aus. Auf dem Weltmarkt waren sie nicht mehr konkurrenzfähig. Die Massenarbeitslosigkeit lag in den deutsch besiedelten Gebieten der CSR schon 1930 weit über dem tschechischen Durchschnitt. Die Goebbels-Propaganda nutzte das, um die Arbeitslosigkeit der tschechischen Regierung anzulasten.

Die AntifaschistInnen versuchten mit Entschlossenheit das auszugleichen, was ihnen an materieller Basis fehlte. Die Unternehmer, die in der Regel Nazis waren, stellten die Arbeiter vor die Entscheidung: entweder du trittst in die Sudetendeutsche Partei ein, oder du verlierst deinen Arbeitsplatz. Viele haben lieber ihren Arbeitsplatz verloren. Dies ging solange bis die sozialistische Partei die Entscheidung traf, die Arbeiter sollten lieber in die Sudetendeutsche Partei eintreten. Dies auch zu dem Zweck, an Informationen zu kommen, ob die Faschisten beispielsweise einen Überfall auf das Volkshaus in Eger planten. So waren genügend Metallarbeiter parat, um rechtzeitig zurückzuschlagen.

Die Aggressivität der Sudetendeutschen Partei wuchs. „Saalschlachten“ wie in Eger gab es überall – also Versuche der Linken und der Nazis sich gegenseitig ihre Versammlungen unmöglich zu machen. Die einen hatten kräftige Metallarbeiter – die anderen bezahlte Schläger. In Eger hatten die Nazis allein 10 bezahlte Schläger.

Bis 1933 hatte jede Partei in Eger einen hauptamtlichen Angestellten für die Parteiarbeit. 1934 hatte die „Sudetendeutsche Heimatfront“ plötzlich allein in Eger 10 hauptamtliche Angestellte, und die wurden nicht von den Mitgliedsbeiträgen der Unternehmer bezahlt sondern von reichsdeutschem Geld. Eine Kampftruppe gegen die Linke und gegen das „Tschechentum“ sollte aufgestellt werden.

Rote Wehr

Als Reaktion darauf gründete die Linke die „rote Wehr“, die sich später in „republikanische Wehr“ umbenannte. Die Mitglieder der roten Wehr waren uniformiert und begleiteten die Demonstrationen mit einem Block von 100 Mann vorweg und am Ende oder auch dazwischen, je nach Länge des Demonstrationzugs. Es waren kampfkraftige Arbeiter – jedoch rein defensiv ausgerichtet, nur zur Verteidigung des Volkshauses und zum Schutz der Demonstration.

Die Sozialistische Arbeiterjugend, in der Knorr damals war, habe das allerdings anders gesehen. Diese sangen bis 1936 das Lied „nie, nie woll'n wir wieder Waffen tragen“ bis dahin als Hitler mit 39 Divisionen an der Grenze stand. Nach monatelanger Diskussion entschloss sich die Sozialistische Arbeiterjugend unter Anleitung eines tschechischen Oberst Wehrerziehung zu machen. Sie bildeten Kampftruppen zum Schutz des Jugendheims, deren Leiter Knorr damals war. Ihre Kampftechnik orientierte sich hauptsächlich an Jiu-Jitsu. Sie wurden im Egerland bis 1938 oft angefordert um ihre Leute „rauszuhauen“.

Heim ins Reich

Eine Wende gab es am 12.03.1938 als in Österreich die braunen Faschisten die schwarzen Klerikalfaschisten niederzwangen. Einen Tag später rief Hitler „Großdeutschland“ aus und die Sudetendeutschen Faschisten meinten, jetzt wäre der Tag ihrer „Befreiung“ da. Die Nazi-Überfälle auf tschechische Grenz- und Polizeistationen nahmen sprunghaft zu. Die Bewaffnung der sudetendeutschen Nazis erfolgte aus dem „Reich“. Eine Festnahme von zehn solcher Bewaffneter durch die tschechische Gendarmerie nahm Henlein zum Anlass, den „Notstand“ auszurufen und erklärte, jetzt sei die Zeit des offenen Kampfes gegen die Tschechen gekommen. Daraufhin kam es zum Schusswaffeneinsatz in der Auseinandersetzung. Die Lage spitzte sich zu. Überall hörte man nun die Sprechchöre „Wir wollen heim ins Reich“ – „Wir können mit den Tschechen nicht mehr zusammenleben“, „Führer hol uns heim“. Alles eingetrichterte Sprüche, mit denen überall die Massenveranstaltungen der Henlein-Partei aufgemotzt wurden.

Wenn ein tschechischer Ministerpräsident wie vor zwei Jahren die Sudetendeutschen als „5. Kolonne“ Hitler-Deutschlands bezeichnet, wird er angegriffen. Der Begriff „5. Kolonne“ kommt allerdings woanders her. Er wurde zum ersten Mal im Urteil der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse für die Sudetendeutsche Partei verwendet.

Im Sommer 1938 entwickelte sich eine regelrechte Bürgerkriegssituation, ein linksgerichtetes Bürgermeisteramt wurde angegriffen, von den Nazis besetzt und übernommen – es gab einen Toten. Daraufhin erklärte die Tschechoslowakische Regierung den Notstand, rief das Standrecht aus und nach zwei Tagen war der Bürgerkrieg beendet. Der „tapfere“ Herr Henlein floh über die Grenze heim ins deutsche Reich mitsamt seiner Parteispitze. Tausende flüchteten mit, auch wenn sie gar keinen Grund dazu hatten. Daraufhin gab Hitler auf dem Nürnberger Parteitag im September 1939 das Stichwort: „Wir lassen die Sudetendeutschen nicht im Stich – wir werden ihnen Hilfe leisten“. Ein letztes Aufflackern, obwohl die Parteiführung bereits im Ausland war, bis zum Münchner Abkommen.

Bewaffnete Truppen wurden an der Grenze zusammengezogen. Auch hier leistete Knorr wie andere seiner Genossen Widerstand, sonst hätten die Nazis die Grenzdörfer überfallen und nach Linken durchkämmt, diese verschleppt und zusammengeschlagen oder erschossen. Das waren die letzten Tage vor dem Münchner Abkommen.

Dann der Einmarsch der Deutschen. Die Rachemaßnahmen der Nazis gegen die Sozialisten. Knorr wurde fünf Stunden lang ins Kreuzverhör genommen. Unter Scheinwerferbestrahlung bekam er alle fünf Minuten Schläge ins Gesicht. Mit übelsten Drohungen (Fingernägel Rausreißen, mit Zigaretten Löcher in die Haut brennen etc.) versuchten die Nazis Aussagen zu erpressen. Nachdem dies nichts fruchtete, warf man ihn ins Gefängnis. Nach sechs

Wochen wurde er auf Anforderung des Prokuristen seiner Firma und stellvertretenden Kreisleiters entlassen. Weitere Repressalien musste er vorläufig nicht dulden, da erstmal nur die Kommunisten dran waren und die Sozialdemokraten verschont blieben. Wer ins KZ kam – wie Knorrs Vater wurde meist zum Sterben wieder nach Hause entlassen.

Illegaler Widerstand

Knorr bereitete sich mit seinen Genossen in der kurzen Zeit bis zum Münchener Diktat auf die Illegalität vor. Gewarnt von den Emigranten, keine großen Versammlungen zu machen, blieben sie im Hintergrund, arbeiteten in Dreier-Gruppen um sich vor Spitzeln zu schützen und ohne Parteauftrag. Von den 150 Mitgliedern, die die sozialistische Jugend damals in Eger hatte, meldeten sich 33 freiwillig, jeden Tag mit einem Fuß im Grab zu stehen, denn das bedeutete die illegale Arbeit. Darunter waren auch 11 Mädchen, die ebenfalls in Jiu-Jitsu ausgebildet waren.

Eger wurde „ausverkauft“. In den Geschäften gab es damals Bohnenkaffee, Schlagsahne etc. Die Textil- und Schuhgeschäfte waren voll. Zwei Tage nach dem Einmarsch war alles ausverkauft, denn im „Reich“ gab es nur „Blümchenkaffee“. Die sozialistische Jugend gab ein Flugblatt heraus „Jetzt habt ihr die Bescherung“, stand darauf. Als die beiden Großbetriebe in Eger zur Hälfte auf Rüstungsproduktion umgestellt wurden, entschlossen sie sich zu einer Plakataktion. Sie waren gut vorbereitet, sie hatten das nötige Material und einen Raum, in dem sie ungefährdet arbeiten konnten. Unter der Eger Aktienbrauerei befand sich ein System von Gängen, das nicht mehr benutzt wurde. Dort richteten sie ihre kleine Druckerei ein und machten ihre handgefertigten Plakate. Dort wurde das Plakat gedruckt „Wer Hitler wählt, wählt Krieg – wehrt euch!“ Das Kleben konnte nur zwischen zwei SS-Patrouillen stattfinden. Dann hatten sie eine Stunde Zeit. Kam eine Streife außer der Reihe, blieb höchstens übrig, sich als „Liebespaar“ zu tarnen und das frisch geklebte Plakat zu verdecken. Ansonsten wären sie erwischt worden.

Als alte Sozialdemokraten meinten „Plakate kleben nützt nichts“ und zum Untertauchen rieten, merkten die Jungen, dass sie damit nichts erreichten und änderten ihre Taktik. Nachdem Eger ein Bahnknotenpunkt war, sprengten sie die Bahnlinien. Es dauerte mindestens zwei Tage, um die Bahnanlagen wieder in Ordnung zu bringen. Natürlich gab es in der Gruppe auch Diskussionen, wie man damit umgehen sollte, wenn ein Zugführer durch die Sabotageakte ums Leben kam. Doch es zählte das Hauptargument: die größte Verantwortungslosigkeit ist es, wenn man gar nichts tut. Was unter Friedensbedingungen gelte, kann im Faschismus keine Geltung haben.

Und sie erinnerten sich an die Verteidigungsrede von Friedrich Adler, der 1916 in Wien den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Stürgkh erschoss. Die Arbeiterbewegung verurteilte die Tat, doch Adler meinte, „besser ich nehme auf mein Gewissen einen Mord, als dass dieser weiterhin Millionen Unschuldiger in den Tod hetzen kann“.

Kriegseinsatz

Dann kam für die meisten die Einberufung in den Kriegsdienst. Eine Verweigerung hätte KZ bedeutet – und im KZ hätten sie weniger Möglichkeiten als als Soldaten gehabt. Sie beschlossen die Verpflichtung eines jeden, wo immer sie auch wären als Soldat eine Antifa-Zelle aufzubauen. Auch Knorr gelang es immer wieder eine Antifa-Zelle mit zwei oder drei Leuten zu gründen, auch wenn dies nicht einfach war, ohne sich zu verraten. Wegen einer Lapalie kam er vor das Kriegsgericht und wurde zum Strafeinsatz nach Afrika geschickt. Hätte man herausgefunden, was er wirklich gemacht hatte, wäre er sicher standrechtlich erschossen worden. Bei Einsatz als Kanonenfutter vor den Panzern wurde sein Gesicht schwer geschädigt und ist zur Hälfte gelähmt. Einem glücklichen Zufall oder einem Sanitäter ist es zu verdanken, dass sein Soldbuch „abhanden“ kam. Deshalb konnte ihm der verräterische

Eintrag über seine Verurteilung durch das Kriegsgericht später nicht mehr zur Last gelegt werden. Die Einheit, der er angehörte, war aufgerieben worden, und die Übriggebliebenen haben ihn nicht verraten. Auf Grund der Verletzung war Knorr nicht mehr kriegsverwendungsfähig und wurde den Funkern zugeteilt. Nachdem er als Funker nach kurzer Zeit in der Minute 140 Zeichen geben und annehmen konnte, wurde er vom Generalstab verwendet. Die SS und Gestapo hörte nur alles ab, was bis zu 120 Zeichen ging. Bei Knorrs Einsatz in Polen arbeitete er mit Partisanen zusammen und besorgte auch Sprengstoff für Sabotageakte.

Die Generäle kamen zu den Funkern, um von diesen zu erfahren, was die Feindsender übermittelten. Knorr machte uns das Pausezeichen von BBC-London vor. Ein weiterer Feindsender war „Sender Freies Deutschland“, Sowjetunion. Die Generäle konnten nur über die Feindsender rechtzeitig erfahren, wo der eigentliche Frontverlauf war. Die Nazis meldeten beim Vormarsch jede eingenommene Stadt sofort, beim Rückmarsch aber nur verspätet oder gar nicht.

Über den antifaschistischen Kampf zwischen 1941 und 1945 gibt es außer den Gestapo-Protokollen keine Aufzeichnungen. Für die AntifaschistInnen selbst wäre es viel zu gefährlich gewesen, schriftlich etwas festzuhalten. Meldungen wurden nur kodiert weitergegeben. Die Unterstützer im Ausland wollten wissen, wo zum Beispiel sichere Absprungplätze für Fallschirmspringer waren, damit sich diese in die illegale Arbeit einschalten konnten. Verschlüsselte Nachrichten wurden über Funkerinnen (Blitzmädchen) weitergegeben. 1945 fehlte die Hälfte der illegal arbeitenden AntifaschistInnen. Es wurde jedoch keiner von der Gestapo entdeckt. Die meisten kamen durch Bombenangriffe ums Leben oder sind im Krieg gefallen.

Benesch-Dekrete

Die meisten der Sudetendeutschen waren froh, als sie 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft bekamen. Der so genannte Sudetengau hatte die höchste Anzahl von NSDAP-Parteimitgliedern. Dies zeigt auch, wie die Sudetendeutschen eingestellt waren. Die Sozialisten verstanden sich als deutsche Staatsbürger in der Tschechoslowakei – nicht als Sudetendeutsche – oder als „tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Zunge“. Bei Kriegsende hatten die Sudetendeutschen die deutsche Staatsbürgerschaft. Die AntifaschistInnen sollten die tschechische Staatsbürgerschaft bekommen und hätten mit allen Rechten und Pflichten bleiben können.

Umsiedlung

Wenn auf den Sudetentagen behauptet wird, dass die Deutschen aus der Tschechoslowakei auf Grund der Benesch-Dekrete ausgewiesen wurden, ist dies eine Lüge.

Die Umsiedlung der Deutschen wurde im Potsdamer Abkommen (Kap. XIII) von den Siegermächten beschlossen und sie erfolgte nicht aus Hass sondern zur Beseitigung der Unruheherde in Polen, der CSR, Ungarn und Jugoslawien und damit die Deutschen in einem zu kontrollierenden Staat zusammengefasst würden. Das Ziel war die Sicherheit Europas und die Sicherung des Weltfriedens.

In den Benesch-Dekreten steht nur, dass die dortigen Sudetendeutschen die Staatsbürgerschaft nicht wieder bekämen. Nur drei der 143 Dekrete hätten die Deutschen in der Tschechoslowakei betroffen.

Das deutsche Eigentum wurde beschlagnahmt als Wiedergutmachung für das was die Tschechen 1938 verloren haben. Es ging ihnen ja ein Gebiet mit reichen Bodenschätzen und der industriell entwickeltste Teil verloren und viele Devisen in den Banken hatten die Deutschen kassiert. Aber wer hatte denn den Besitz in der CSR – die Arbeiter nicht. So waren es doch hauptsächlich die Fabrikanten und Villenbesitzer die enteignet wurden.

Die Kriegsverbrecher sollten nach dem Londoner Abkommen vom 08.08.1945 verfolgt und bestraft werden. Henlein hat im amerikanischen Gefangenenlager in Pilsen Selbstmord begangen. Einige wenige wie sein Stellvertreter Frank wurden zum Tode verurteilt. Die meisten haben sich nach Westen abgesetzt und in der Bundesrepublik gute Positionen erreicht.

Was die Antifaschisten betraf: Sie durften nach den offiziellen Beschlüssen der Beneš-Regierung bleiben. Wenn sie freiwillig aussiedelten, sei das ihre eigene Entscheidung gewesen.

An dieser Stelle gab es allerdings Protest aus dem Publikum. Im Verlaufe der Diskussion wurde festgestellt, dass die offiziellen Benesch-Dekrete so wohl nicht immer in der Praxis umgesetzt wurden. Es kam auch zu Repressalien gegenüber den AntifaschistInnen und teilweise zu deren zwangsweiser Umsiedlung. Der Grund kann in dem verständlichen Hass auf alles Deutsche gesehen werden oder auch darin, dass die eigentlichen offiziellen Anordnungen an der Basis nicht bekannt waren, solange keine reguläre Regierung bestand.

Deshalb wurde es von den DiskussionsteilnehmerInnen auch für wichtig erachtet, dass die antifaschistische Gedenkstättenpolitik in der Tschechei weiter vorangebracht wird.

„Beleidigung von Bundeswehr-Generälen“ - Prozess 1963-1973

Im Verlaufe des Abends kam Knorr auch auf den sogenannten Generalsprozess zu sprechen, der hier kurz geschildert werden soll:

1962 griff Lorenz Knorr auf einer Jugendversammlung in Solingen mehrere Nazi-Generäle scharf an, die inzwischen wieder in hohe Spitzenpositionen in der Bundeswehr gelangt waren. Unter diesen befand sich der frühere Operationschef von Hitler General Heusinger, der insbesondere für die Partisanenbekämpfung verantwortlich war (Bilanz 2 Mio. Tote, überwiegend Alte, Frauen und Kinder) und General Speidel, der Deportationen von Juden unterschrieb.

Daraufhin wurde ihm eine Beleidigungsklage angehängt. Im Verlauf des Prozesses legte Knorr etwa 300 Dokumente vor, die belegten, dass die Generäle „Kriegsverbrecher“ und „beteiligt am Massenmord“ waren. Nach 10 Jahren wurde der Prozess wegen „mangelndem öffentlichen Interesses“ eingestellt, obwohl 3000 Solidaritätsunterschriften vorlagen und die Auslandspresse regen Anteil nahm. Die Generäle mussten allerdings ihre Ämter aufgeben. Heusinger als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses trat zurück und Speidel wurde in Frankreich zur „persona non grata“ erklärt und musste das Land verlassen. Der damalige Generalbundesanwalt Buback versuchte Lorenz Knorr eine Zusatz-Anklage wegen „Staatsgefährdung“ anzuhängen. Diese führte nach allen Instanzen letztendlich zum Freispruch: auch durch die internationale Solidarität mit dem Angeklagten.

Über die sonstige politische Tätigkeit während und nach dem Krieg durften wir ebenfalls einiges erfahren.

Das Publikum lauschte den Ausführungen mucksmäuschenstill und gespannt.

Schade nur, dass aus den Kreisen von SPD und Gewerkschaft, und der Linkspartei außer den Veranstaltern selbst keiner gekommen war.

Nachdem es ein wertvoller Zeitzeugenbericht ist, ist er halt etwas länger geworden.

Anhang

Zur Erklärung: Münchner Abkommen

„...Am 30.09.1938 wichen der britische Premier Chamberlain und der französische Ministerpräsident Daladier vor den massiven Forderungen Hitlers, unterstützt vom italienischen Faschisten-Diktator Mussolini, zurück: Um der Erhaltung des Friedens willen, wie sie zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit erklärten – was sich kurze Zeit später als Irreführung erwies!

Im Münchener Abkommen – von den Tschechen als Diktat, von den deutschen Antifaschisten als Verrat klassifiziert – legte man die Abtrennung des „Sudetenlandes“ von der CSR fest. Dieser Vertrag blieb völkerrechtswidrig, weil man ihn zu Lasten Dritter abschloss: die Repräsentanten der CSR durften als Betroffene nicht teilnehmen! Ein Viertel des Territoriums der CSR mit reichen Bodenschätzen und einer hochentwickelten Industrie sowie mit einem 2000 km langen gut bewachten und modern ausgerüsteten Festungsgürtel schlug man Hitler-Deutschland zu! Ein Fünftel der Staatsbürger der CSR erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft: die einen jubelnd, die anderen gedemütigt! Die Westmächte verrieten ca. 400.000 Antifaschisten an Hitlers Schergen, davon etwa 80.000 höchst wehrhafte Menschen. International blieb das Münchener Abkommen ein Signal an die Völker, dass die Westmächte Hitler-Deutschland nichts entgegensetzen wollten, weil die kapitalistischen Staaten genügend innere Probleme hatten und deshalb auf außenpolitische Aktionen nicht nur nicht vorbereitet, sondern auch nicht einig genug waren...“

(aus „Hitlers Plan + Henleins Partei“, S.17 von Lorenz Knorr)

Literatur

Nähere interessante Ausführung von Lorenz Knorr zum antifaschistischen Widerstand in Westböhmen, Münchner Abkommen und den Benesch-Dekreten findet man in der Broschüre „Vorwärts – Trotz Alledem!“, ein Bericht über die Tagung „Aufklärung – Frieden – Antifaschismus“ des Deutschen Freidenkerverbandes Hessen am 02.09.2006, erschienen im GNN-Verlag, Deutsch Tschechische Nachrichten Dossier Nr. 7

Außerdem ist von Lorenz Knorr erschienen:

„Aufklärung, Frieden, Antifaschismus“ – ausgewählte Reden und Schriften, Hrsg. Lorenz Gösta Beutin, PapyRossa Verlag, 379 Seiten, 19,90 €

„Hitlers Plan + Henleins Partei“ – Historische Fakten oder „Zentrum gegen Vertreibungen“
GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – 2,50 €